

Presseinformation

Volk sucht Vertreter

Aktion von Bürgerinitiativen und Vernunftkraft

Berlin, 24. Juni 2014

Mehr als 250 Bürgerinitiativen aus ganz Deutschland haben sich in über 440 Briefen an die Bundestagsabgeordneten ihres Wahlkreises gewandt. Anlass ist die Debatte zum Erneuerbare Energien Gesetz am kommenden Freitag (27.6.) im Deutschen Bundestag. Die Bürger suchten den direkten Kontakt zu ihren Volksvertretern, um ihnen die zerstörerischen Konsequenzen des geplanten „weiter so“ vor Augen zu führen. Die Aktion soll die gegenüber Lobbyinteressen vernachlässigten Argumente der Wissenschaft und das Leid der Bürger ins Bewusstsein der Parlamentarier bringen.

Die Bürger sehen die Natur in ihrer Umgebung und ihre Lebensqualität durch einen politisch forcierten „Subventionswettlauf zu Lasten der Allgemeinheit“ (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 2012) gefährdet. Deutschlandweit sind zigtausende Windkraftanlagen in Wäldern im Bau und in Planung. Für jede davon wird mindestens ein Hektar ökologisch wertvoller Lebensraum zerstört. Die Bürger erleben den durch das EEG forcierten Windkraftausbau als rücksichtslos, konzeptionslos und sinnlos. Sie wissen sich damit im Einklang mit der unabhängigen Wissenschaft, welche die Unsinnigkeit des EEG-Systems immer wieder belegt: Das EEG bringt **keinen** Klimaschutz, **keinen** technischen Fortschritt und **keine** umweltfreundliche Energieversorgung.

Die geplante „Reform“ lässt alle offenkundigen Fehlanreize des Subventionssystems unangetastet. Insbesondere soll bei der Windkraft der Grundsatz „**je schlechter der Standort, desto höher die Subventionen**“ und die „**Pflicht zur Vergütung nicht-produzierten Stroms**“ unverändert beibehalten werden. Der zur Entscheidung vorliegende Entwurf setzt sich über den einhelligen Rat der unabhängigen Wissenschaft hinweg. Politische Aussagen stehen im Widerspruch zu physikalischen Gesetzen.

Die Aktion wurde von der Bundesinitiative VERNUNFTKRAFT koordiniert. Deren Technologie-Experte Dr.-Ing. Detlef Ahlborn nennt die Gründe:

„Die gegenwärtige Politik ist zum Scheitern verurteilt, da sie auf nachweislich falschen Prämissen fußt. Der gesellschaftliche Schaden des subventionierten Ausbaus insbesondere der Windkraft steht in keinem Verhältnis zum Nutzen. Die über die Fehlanreize des EEG und die Konsequenzen einer unterlassenen Behebung aufgeklärten Parlamentarier sind aufgefordert, sich im Sinne der Menschen und der Natur in ihrem Wahlkreis und damit im Sinne des ganzen Landes verantwortlich zu verhalten.“

Unter <http://www.vernunftkraft.de/buerger-im-dialog> sind alle Empfänger der Briefe aufgeführt und die detaillierten Kritikpunkte dargelegt.